

## Bedingungsloses Grundeinkommen: Position von Integration Handicap

---

### Wortlaut und Grundgedanke der Initiative:

Das Schweizer Volk wird im Jahr 2016 über folgende Initiative abzustimmen haben:

<sup>1</sup> *Der Bund sorgt für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens*

<sup>2</sup> *Das Grundeinkommen soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen.*

<sup>3</sup> *Das Gesetz regelt insbesondere die Finanzierung und die Höhe des Grundeinkommens.*

Nach dem Willen der Initianten soll jeder Mensch mit Wohnsitz in der Schweiz, unabhängig davon, ob er erwerbstätig ist oder nicht, ein Grundeinkommen zugesichert erhalten. Dieses soll sich in der Höhe von ca. monatlich 2'500 Franken pro Kopf (Kinder: 625 Franken pro Kopf) bewegen. Dies würde ein Volumen von über 200 Milliarden Franken pro Jahr ergeben. Die Initianten gehen davon aus, dass heutige Leistungen (Renten, Taggelder, Sozialhilfe) im Umfang von rund 70 Milliarden Franken (gemäss Bundesrat 55 Milliarden) jährlich entfallen würden; der grösste Teil der übrigen 130 Milliarden (Bundesrat: 153 Milliarden) seien in den heutigen Erwerbseinkommen enthalten; „ein Rest von einigen Milliarden im Jahr“ (gemäss Bundesrat 25 Milliarden) müsste durch weitere Steuern und Abgaben gedeckt werden.

### Generelle Einschätzung durch Integration Handicap:

Den Initianten muss zugebilligt werden, dass sie mit Ihrem Anliegen einem Weltbild zum Durchbruch verhelfen wollen, in welchem insbesondere auch die gemeinnützige Arbeit eine wichtige Aufwertung erhält. Integration Handicap ist dennoch der Auffassung, dass die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) aus politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen nicht umsetzbar ist:

- **Politisch** nicht umsetzbar ist sie, weil eine derartige Solidarität der erwerbstätigen Bevölkerung mit dem nicht erwerbstätigen Teil der Bevölkerung nicht realistisch ist: Aufgrund der Erfahrungen im Kampf um IV-Leistungen, wo um jede kleinste Verbesserung für Menschen mit schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen gerungen werden muss, ist Integration Handicap überzeugt, dass die Gesellschaft zu einer solchen immensen Transferleistung nicht bereit ist.
- **Wirtschaftlich und finanziell** nicht umsetzbar ist sie, weil sie von einem Idealbild ausgeht, wonach jeder Mensch gerne viel arbeitet, unabhängig davon wieviel er dabei verdient. Auch wenn dies für etliche Menschen zutrifft, welche einer befriedigenden Tätigkeit nachgehen können, trifft es für viele andere nicht zu. Der Anreiz, einer erwerblichen Arbeit nachzugehen, würde stark geschwächt und damit insgesamt die Wirtschaftsleistung erheblich beeinträchtigt. Die benötigten Mittel in zweistelliger Milliardenhöhe könnten mit Steuern kaum generiert werden.

Integration Handicap erachtet es zudem als falsch, dass gesundheitlich erheblich beeinträchtigte Menschen und nicht behinderte Menschen dieselben staatlichen Leistungen erhalten sollen. Die heutige **Ungleichbehandlung ist gerechtfertigt**: Wer nicht in der Lage ist, durch Arbeit seine Existenz sicherzustellen, ist auf solidarische

Unterstützung durch die Gesellschaft (Sozialversicherungsleistungen und staatliche Gelder) angewiesen. Das gilt aber nicht gleichermassen für alle (auch für den gesunden Vermögensmillionär). Eine gewisse Selbstverantwortung für die Bestreitung des Lebensunterhalts muss aufrecht erhalten bleiben.

### **Auch keine Vorteile für Menschen mit Behinderungen**

Einzelne Menschen mit Behinderungen liebäugeln mit der Initiative und erhoffen sich im Ergebnis für ihr Leben Vorteile. Das ist verständlich. Wenn alle Aspekte gewürdigt werden, erweist sich diese Hoffnung aber weitgehend als Trugschluss:

- **Folgen für Invalidenversicherung (Renten):** Für Betroffene erscheint es entlastend, wenn die IV-Renten wegfallen und durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzt würden (keine belastenden Abklärungen, kein Kampf um Invaliditätsprozente). Im Hinblick auf die übrigen Leistungen der IV, die Leistungen der beruflichen Vorsorge und die Ergänzungsleistungen käme man aber nicht umhin, doch entsprechende Abklärungen durchzuführen.
- **Folgen für Ergänzungsleistungen:** Die EL sind für viele Rentner heute zwingend, denn von einer IV-Rente allein kann niemand leben. Auch vom BGE werden nicht alle Menschen leben können: Sobald eine teure Miete, hohe Krankheitskosten oder gar Heimkosten anfallen, wird es auch in Zukunft Ergänzungsleistungen brauchen. Doch da stellt sich eine ganz konkrete Frage: Wer soll EL erhalten? Nur Betagte und Behinderte (wie heute) oder die gesamte Bevölkerung? Wenn es nur Betagte und Behinderte sind: Wer legt fest, wer das ist? Heute sind es einfach die Rentner... Es braucht also doch eine Invaliditätsabklärung.
- **Folgen für die berufliche Vorsorge:** Auch die Initianten gehen davon aus, dass das BGE die berufliche Vorsorge nicht überflüssig macht. Wenn aber Invaliditätsleistungen zugesprochen werden müssen, muss wie heute eine Abklärung stattfinden.
- **Folgen für die Eingliederungsmassnahmen:** Die IV müsste wie bisher Eingliederungsmassnahmen (berufliche Massnahmen, Hilfsmittel) übernehmen. Wie gross wäre ihre Motivation, dies zu tun, wenn nicht mehr wie heute ein Rentenanspruch verhindert oder ermässigt werden kann? Ein Abbau müsste befürchtet werden. Auch weil die Mittel ohnehin generell knapp würden.
- **Bereitschaft der Arbeitgeber zur Anstellung:** In diesem Punkt sind verschiedene Entwicklungen denkbar. Wenn ein Arbeitgeber weiss, dass die Existenzsicherung gedeckt ist, erlaubt ihm dies vielleicht eine grössere Flexibilität beim Lohn (Leistungslohn), was wiederum eine Anstellung begünstigen könnte. Andererseits würde der heute bestehende soziale Druck zur Weiterbeschäftigung gesundheitlich beeinträchtigter Menschen geschwächt.

**Fazit:** Das bedingungslose Grundeinkommen ist als Modell nicht nur politisch aussichtslos und wirtschaftlich nicht tragbar, es schwächt generell die spezifische Solidarität der Gesellschaft gegenüber Menschen mit Behinderung und bringt ihnen auch nicht die erhofften Vorteile. **Aus diesen Gründen lehnt Integration Handicap die Initiative ab. Den Mitgliederorganisationen wird es aber überlassen, wie sie sich positionieren wollen.**